

Autor/-in: Christian Bohnenkamp
Mediengattung: Online News

Visits (VpD): 3,41 (in Mio.)¹
Unique Users (UUpD): 0,349 (in Mio.)²

Weblink: <https://www.haz.de/lokales/hannover/heizungsgesetz-nach-ampel-aus-weg-was-das-fuer-hannover-bedeutet-wuerde-YLIVZ562Z5ARZHS35YE2DY3CMM.html>

¹ von PMG gewichtet 10-2024

² gerundet agma ddf Ø-Tag 2023-03 vom 21.04.2023, Gesamtbevölkerung 16+

Wahlkampfthema Heizung

Heizungsgesetz nach Ampel-Aus weg? Was das für Hannover bedeuten würde

Hannover

CDU-Kanzlerkandidat Friedrich Merz hat angekündigt, im Falle eines Wahlsieges das von der Ampelregierung beschlossene Heizungsgesetz abzuschaffen. Wäre damit Hannovers Wärmeplanung hinfällig? Stadt und Versorger Enercity nehmen Stellung. Die CDU im Rat ist skeptisch.

Das von der Ampelregierung beschlossene Heizungsgesetz soll weg. Das jedenfalls geht aus einer in Berlin kursierenden Liste von Gesetzen hervor, die CDU-Kanzlerkandidat Friedrich Merz im Falle eines Wahlsieges abschaffen will. Ausgerechnet jetzt soll in Hannover die eng mit dem Gebäudeenergiegesetz verbundene Kommunale Wärmeplanung beschlossen werden. Ist diese schon bald wieder hinfällig? Die Stadt und Energieversorger Enercity gehen nicht davon aus.

„Die Wärmeplanung macht als strategisches Instrument weiterhin in jedem Fall Sinn. Ganz unabhängig davon, ob eine neue Bundesregierung Veränderungen am Gebäudeenergiegesetz vornimmt. Wir haben damit eine gute Orientierung gegeben“, sagte Umweltdezernentin Anja Ritschel (Grüne) dieser Redaktion.

Hannovers Fernwärmesatzung schon ein Jahr vor Heizungsgesetz in Kraft

Die Wärmeplanung macht für Hannover Aussagen dazu, welche Gebiete mit Fernwärme versorgt werden sollen, wo Nahwärmenetze sinnvoll sind und wo dezentrale Lösungen wie Wärmepumpen zum Einsatz kommen sollen. Eine unmittelbare Rechtswirkung für den Bürger hat die Wärmeplanung laut Ritschel jedoch nicht.

Anders ist das im Falle von Hannovers Fernwärmesatzung, die im Januar 2023 in Kraft getreten ist – und damit schon ein Jahr vor dem Heizungsgesetz, das offiziell eine Reform des bereits 2020

beschlossenen Gebäudeenergiegesetzes (GEG) ist. Die Satzung gilt unabhängig vom GEG und ist mit einer Anschlusspflicht an Fernwärme verbunden. Das gilt für Haushalte, die innerhalb des Satzungsgebietes liegen.

Neue Bundesregierung: Mit diesen Folgen rechnet Enercity

Das Heizungsgesetz des Bundes ist aber die Richtschnur für Haushalte, die außerhalb des Satzungsgebietes liegen. Für sie hätten Änderungen daran sehr wohl direkte Auswirkungen. Enercity-Vorstand Marc Hansmann geht allerdings nicht davon aus, dass es mit einem Regierungswechsel einen grundlegend anderen Kurs geben wird. „Eine neue Regierung könnte möglicherweise mehr auf die CO-Bepreisung als Steuerungsinstrument setzen als die Ampel mit dem Gebäudeenergiegesetz. Beide Wege führen am Ende aber dazu, dass sich Wärmepumpen oder andere klimaneutrale Lösungen durchsetzen werden“, erklärte Hansmann dieser Redaktion. Denn Gas werde in den nächsten zehn Jahren immer teurer.

Wärmeplanung: CDU sieht „Eingriff in den Heizkeller“

Die CDU in Hannovers Rat wirft der Stadt vor, eigenmächtig und hektisch ihre Wärmeplanung vorangetrieben zu haben. Laut Niedersächsischem Klimaschutzgesetz hätte sie damit bis Ende 2026 Zeit. Beschlossen werden soll

Hannovers Wärmeplanung jedoch schon in den nächsten Wochen. Durch die Verbindung der Wärmeplanung mit der auch für die Bürger verbindlichen Fernwärmesatzung würden „Fakten geschaffen“. Dadurch seien viele Hannoveraner von einem Neueinbauverbot für Gasheizungen betroffen, kritisierte Maximilian Oppelt, der umweltpolitische Sprecher der CDU am Montag (2. Dezember) im Umweltausschuss. Die Stadt hatte dem Gremium eine Aktualisierung der Wärmeplanung sowie eine Erweiterung des Gebietes der Fernwärmesatzung vorgelegt, die einen Anschluss von rund 14.000 zusätzlichen Haushalten an das Fernwärmenetz von Enercity vorsieht. Oppelt warf der Stadtspitze einen „Eingriff in den Heizkeller“ vor und sieht darin eine „Schlechterstellung von Menschen in Hannover“. Tatsächlich ist der Kreis der Betroffenen, um die es in der Kritik des CDU-Manns geht, nach Einschätzung von Stadt und Enercity überschaubar. Dabei gehe es um Einfamilienhäuser, die zwar im Fernwärmegebiet liegen, allerdings keinen Fernwärmeanschluss bekommen sollen, weil sich dieser für sie nicht lohnt.

Sie müssten bereits mit Inkrafttreten der Wärmeplanung eine kaputte Heizung gegen ein Modell austauschen, das zu mindestens 65 Prozent klimaneutral ist. Auf Bundesebene wird das erst ab 1. Juli 2026 vorgeschrieben. Bei einem Beschluss Anfang des Jahres 2025 könnte Hannovers Wärmeplanung gut ein Jahr eher zur Anwendung kommen. In diesem Zeitraum würde die Pflicht

zum Einbau einer größtenteils klimaneutralen Heizung für Einfamilienhausbesitzer im Fernwärmegebiet schon eher greifen als im Rest von Hannover sowie im Bund.

CDU-Kritik: Laut Stadt und Enercity nur wenige betroffen

Weil es in dem Satzungsgebiet jedoch verhältnismäßig wenige Einfamilienhäuser gibt und noch dazu nur ein überschaubarer Teil von Heizungen binnen

eines Jahres irreparabel kaputtgeht, geht Enercity unter dem Strich nur von circa 50 betroffenen Gebäuden aus.

Aus Sicht der Grünen macht die CDU also viel Lärm um nichts. Tabea Kraft, die umweltpolitische Sprecherin der Grünen, warf der CDU „Angstpolitik mit falschen Narrativen“ vor. Die Wärmeplanung sei für die Menschen „ein Kompass in unsicheren Zeiten“.

Enercity-Vorstand Hansmann schaltete sich auch im Umweltausschuss in die Debatte ein. „Treiben Sie es nicht zu

weit mit der Werbung für die Gasheizung“, mahnte er die CDU. Wer heute eine Gasheizung einbaue, werde wegen der steigenden CO-Bepreisung in zehn Jahren „richtig große ökonomische Probleme haben“. CDU-Mann Oppelt bestritt, Werbung für Gasheizungen zu betreiben. Ihm gehe es darum, dass die Menschen selbst entscheiden könnten und nicht bevormundet würden.

HAZ

Abbildung:

Sorgt immer wieder für Streit: Die Frage, wie in Deutschland in Zukunft geheizt werden soll.

Fotograf/-in:

Quelle: Hauke-Christian Dittrich/Deutsch

Abbildung:

Läuft auch Hochtouren: Der Ausbau der Fernwärme in Hannover wie hier in der Friesenstraße.

Fotograf/-in:

Quelle: Irving Villegas

Wörter:

739